

Beschluss

Unvereinbarkeitsfeststellung

Wir bekräftigen den Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz „[Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar](#)“ vom 22. Februar 2024. Das bedeutet für uns konkret:

- Funktionsträger:innen rechtsextremistischer, völkischer und nationalistischer Parteien und Gruppierungen, wie zum Beispiel der AfD, werden nicht zu Veranstaltungen der KEB Mitgliedsorganisationen eingeladen. Auch bei Gesprächs- und Begegnungsformaten wird ihnen kein Podium angeboten. Selbstverständlich müssen im Rahmen unserer Arbeit auch Positionen Raum finden, die nicht mit den Haltungen und Normen der KEB Deutschland übereinstimmen. Dies darf jedoch nicht dazu führen, dass unsere Veranstaltungen dazu missbraucht werden, um rechtsextremistisches, völkisches und nationalistisches Gedankengut zu verbreiten.
- Die KEB in Deutschland entwickelt und bietet Formen der vertieften kritischen Auseinandersetzung mit den inhaltlichen Positionen der AfD und zu deren Unvereinbarkeit mit christlichen Werten und Überzeugungen an.
- Die KEB Deutschland sichert allen KEB-Erwachsenenbildungseinrichtungen, die in einem Bundesland oder in einer Diözese politisch unter Druck geraten, ihre Unterstützung und Solidarität zu. Der KEB Bundesvorstand wird beauftragt, entsprechende Mechanismen zu entwickeln.

Begründung

Die „Alternative für Deutschland“ steigert ihre Zustimmungswerte weiter und könnte bei den kommenden Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern sogar in Regierungsverantwortung kommen. Gleichzeitig verschärft sie ihre inhaltliche und rhetorische Ausrichtung kontinuierlich. Radikale Strömungen festigen ihren Einfluss, moderatere Stimmen verlieren an Gewicht. Die Partei stellt grundlegende demokratische Prinzipien und internationale Verpflichtungen explizit infrage. Zudem gibt es personelle und inhaltliche Überschneidungen mit extremistischen Milieus. Den parlamentarischen Alltag fällt die Partei vorrangig mit provokantem Auftreten, kalkulierten Grenzüberschreitungen und permanenten Unheilserzählungen auf.



Die katholische Kirche in Deutschland hat die völkisch-nationalistische Programmatik und den aggressiven Stil der AfD zu Recht kritisiert. Völkische Ideologien stellen Herkunft und kulturelle Zugehörigkeit über die gleiche

Würde aller Menschen und widersprechen damit dem christlichen Menschenbild, das jeden Menschen als Ebenbild Gottes versteht. Eine Kirche, die dieses Fundament relativiert, würde ihren eigenen Kern preisgeben. Ein politischer Stil, der auf Feindbildern, Ausgrenzung und Verächtlichmachung basiert, untergräbt Dialog, Kompromiss und Rechtsstaatlichkeit. Die Katholische Soziallehre betont hingegen Gemeinwohl, Solidarität und Subsidiarität. Daher ist es konsequent, wenn die Kirche Ideologien zurückweist, die Spaltung vertiefen und demokratische Kultur beschädigen.

Zu dieser Haltung bekennt sich auch die Katholische Erwachsenenbildung Deutschlands. Wir sehen uns in der Pflicht, nationalistische und ethnisierende Denkweisen klar zu benennen und ihnen entgegenzutreten. Unsere Bildungsarbeit kann niemals neutral sein, denn sie basiert auf klaren Wertvorstellungen, die wir von der Gottesebenbildlichkeit und der unhintergehbaren Würde eines jeden Menschen ableiten. Aus diesem Grund können auch unsere Einrichtungen niemals politische neutrale Orte sein, an dem jede beliebige Meinung ihren Platz hat. Eine „Neutralität“ oder gar Toleranz gegenüber demokratieverachtenden Parolen oder menschenfeindlichen Äußerungen kann es in der KEB Deutschlands nicht geben. Dies gilt auch dann, wenn ihnen – wie zuletzt durch das sog. „Regierungsprogramm“ der AfD Sachsen-Anhalt – der Entzug öffentlicher Fördergelder angedroht wird. Wir sind weder käuflich, noch lassen wir uns einschüchtern.

Aus diesem Grund halten wir fest, dass der Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz „Völkischer Nationalismus und Christentum sind unvereinbar“ vom 22. Februar 2024 weiterhin maßgeblich für die Einrichtungen der KEB Deutschlands ist. Ebenso maßgeblich sind die daraus vom Ständigen Rat der DBK abgeleiteten „Erläuterungen zum Umgang mit extremistischen Positionen, die im Widerspruch zu tragenden Grundsätzen der katholischen Kirche stehen“.

Daraus ergibt sich vor allem, dass wir in unseren Strukturen und Einrichtungen keine Personen dulden können, die die tragenden Grundsätze der katholischen Kirche wie insbesondere das christliche Menschen- und Gottesbild, das Konzept einer Menschheitsfamilie und das allen Menschen geltende Gebot christlicher Nächstenliebe öffentlich wahrnehmbar ablehnen.